

Zeitschrift:	Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber:	Schweizerisches Ost-Institut
Band:	9 (1968)
Heft:	4
Rubrik:	Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Um das Preisgefüge im Comecon

Seit einiger Zeit ist man in der Sowjetunion mit dem gegenwärtigen Preisgefüge im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) oder Comecon nicht sehr zufrieden und hegt Reformgedanken. Insbesondere würde es darum gehen, die Preise der sowjetischen Exporte nach Osteuropa (überwiegend Rohstoffe) anzuheben und die Preise der Ausfuhr der osteuropäischen Länder in die UdSSR (überwiegend Fertigprodukte) zu senken. Das ungünstige Preisverhältnis zwischen Rohstoffen und Fertigprodukten hat in sowjetischen Wirtschaftskreisen schon seit langem das Gefühl erweckt, auf dem kommerziellen Sektor von den osteuropäischen Staaten übervorteilt zu werden.

In Moskauer Fachkreisen wird allerdings das Thema einer Neubewertung des Rubels nur vage behandelt. Auch wird eine solche Massnahme für sich allein genommen nicht als ausreichend betrachtet. Im sowjetischen Interesse liegen Angleichungen des Comecon-Preisgefüges überhaupt. Preise und Kosten des Binnenhandels müssten ihren Niederschlag im Außenhandel finden, was gegenwärtig nicht oder nicht zur Genüge der Fall ist.

In der Moskauer Zeitschrift «Wnjeschnaja Torgowlja» (Aussenhandel) hatte der sowjetische Wirtschaftsexperte A. Alexejew letzten Herbst geschrieben: «Zurzeit stellen die Wechselkurse kein Bindeglied zwischen den Binnenpreisen der sozialistischen Länder und ihren Aussenhandelspreisen dar, jedenfalls nicht in dem für den Außenhandel erforderlichen Ausmass... Eine Verbesserung des Wechselkurses würde zu einer wirtschaftlichen Gesundung der Exporte und Importe führen. Die bestehenden Wechselkurse vermitteln einen ungenauen Eindruck über die Effektivität des Handels auf verschiedenen Gebieten. Würden sie neu geregelt, könnten normale Verhältnisse einkehren.»

Aehnliche Ansichten vertrat in der Folge O. Tarnowsky in der Wirtschaftszeitschrift «Woprosy Ekonomiki»: «Eine Veränderung der Wechselkurse», schrieb er, «ist eine der Voraussetzungen zu weiteren Fortschritten im Funktionsmechanismus der Aussenhandelspreise und insbesondere zur Berücksichtigung der jeweiligen Produktion und ihres Absatzes bei solchen Preisen.»

Beide Darlegungen waren, wie schon frühere Abhandlungen zu diesem Thema, im Titel ausdrücklich als Diskussionsbeiträge charakterisiert, so dass hier kein Engagement des sowjetischen Aussenhandelsministeriums vorliegt, auch wenn sie den dort vertretenen Ansichten entsprechen dürften.

Die Comecon-Preise orientierten sich an den sogenannten Weltpreisen (die wiederum ein Abbild der Weltmarktverhältnisse zurückliegender Jahre sind). Die Sowjets sind mit diesem System primär deswegen unzufrieden, weil die Rohstoffpreise zurzeit sinken. Laut Tarnowsky sind im Zeitraum 1955 bis 1966 die Weltpreise für Industrieprodukte um 13 Prozent gestiegen, für Rohstoffe aber in der gleichen Zeit um drei Prozent gefallen.

Die sowjetischen Handelsnachteile werden überdies noch dadurch vergrößert, dass die Produktionskosten der UdSSR für Rohstoffe höher sind als bei anderen vergleichbaren Ländern, was zum Teil darauf zurückzuführen

ist, dass die Vorkommen in entlegenen Gebieten ausgebeutet werden müssen. Dementsprechend tritt etwa Alexejew auch dafür ein, die Transportkosten «soweit als möglich» in Rechnung zu stellen, was zu Preiserhöhungen natürlich für Öl und Gas führen würde, die 5000 km weit von Sibirien nach Osteuropa gepumpt werden. Auch für Eisenerz, Kohle und Phosphate hätte Osteuropa gegebenenfalls mehr zu zahlen.

Dass die sowjetischen Vorschläge bei den osteuropäischen Comecon-Partnern nicht auf allzuviel Gegenliebe stossen dürften, liegt auf der Hand.

Kapitalismus – etwas freier beobachtet

Ungewohnte Aeußerungen zur Beurteilung von Erscheinungen in einem kapitalistischen Land machte der «Prawda»-Korrespondent in Tokio, Wsewolod Owtschinnikow, seinem Kollegen Jewgeni Rusakow gegenüber. Seine Ausführungen erschienen in der Monatszeitschrift «Journalist», einem Organ des sowjetischen Presseverbandes, das in einer Auflage von gut 100 000 Exemplaren erscheint. Der folgende Auszug, der sich gegen sowjetische Vorurteile im kapitalistischen Ausland wendet, ist vielleicht geeignet, seine Fachleserschaft nachdenklich zu stimmen. Owtschinnikow erzählt:

«Häufig übersehen wir, in welchem Ausmass unsere Vorurteile uns beeinflussen, wie sie uns daran hindern, die Dinge zu sehen und somit auch eine tatsachengerechte Beschreibung des Gesehenen zu geben. Ich will das an einem Beispiel darstellen. Am zweiten Abend nach meiner Ankunft in Tokio ging ich auf eigene Faust in den Hibia-Park, von dem ich häufig in meiner Zeitung gelesen hatte. Und dort sah ich genau das, was ich erwartet hatte. Eine Kundgebung war im Gange. Die Leute wiederholten die Parolen des Redners, schüttelten ihre Fäuste in der Luft. Aus ihren Gesichtern sprachen Zorn und Entschlossenheit. Polizisten mit Knüppeln in der Hand beobachteten grimmig die Versammlungen. Individuen mit Lederjacken umschlichen die Szene. Das ganze Bild war eindeutig. Hier war das militante Proletariat, und dort lungerten die Rechtsterroristen, bereit, mit Hilfe der Polizei gegen die Streikenden loszuschlagen.

Nun hatte ich damals noch alle Mühe, das gesprochene Japanisch zu verstehen, aber die Slogans in japanischen Schriftzeichen über der Rednerbühne konnte ich lesen und machte mich daran. Die Lektüre warf mich



**YES
SIR**
RITEX
*YOUNG
SUIT*

Das ist typisch für diesen bei uns eingetroffenen Vertreter der verjüngten Herrenmode:

Die redingote-artige Taillierung, die hoch und eng zueinander gestellten Knöpfe und das Fehlen der Pochette-Tasche. Und es ist kein Zufall, dass ROYAN (so heisst dieser Anzug) eines der vielen neuen RITEX-Modelle ist. Modisch war RITEX schon immer auf Draht. Und wie erstklassig RITEX-Herrenkleider verarbeitet sind, davon können Sie sich bei uns im Geschäft einmal unverbindlich überzeugen.

Bezugsquellenachweis durch RITEX AG Qualitätsbekleidung 4800 Zofingen

um. Es ergab sich nämlich, dass ich Detailpreise. Er wusste, wovon er eine Versammlung von ehemaligen sprach, eine Eigenschaft, die unseren Landbesitzern beiwohnte, die höhere Leuten zuweilen abgeht ...».

Die Flucht nach Westen

Im Budapest-Regime hat man eingräumt, dass «eine ziemlich grosse Zahl» ungarischer Jugendlicher gerne in den Westen fliehen würde.

Der Oberstaatsanwalt des Bezirks Csongrad, Istvan Pozsgai, machte diese Aeußerung kürzlich in einem von Radio Budapest gesendeten Bericht, in dem er warnend darauf aufmerksam machte, dass die Grenztruppen ebenso unnachSichtig gegen Jugendliche wie gegen erwachsene Flüchtlinge vorgingen.

Diese Warnung schloss sich einem Artikel in der Parteizeitung «Nepszabadság» vom 26. November 1967 an, in dem es hieß, dass «über 100 Jugendliche» 1967 beim versuchten Grenzübertritt festgenommen worden seien. Pozsgai zufolge reisen die Jugendlichen mit der Bahn vorwiegend nach Czeged (nahe der jugoslawischen Grenz), um zu Fuß nach Jugoslawien zu fliehen, und von dort weiter nach Italien oder anderen westlichen Ländern.

Der ungarische Staatsanwalt betonte, dass diese jugendlichen Flüchtlinge, selbst wenn es ihnen gelänge, die Grenze zu überqueren, von jugoslawi-

schen Sicherheitsorganen festgenommen und nach Ungarn ausgeliefert würden, wo sie «die gerechte Strafe» erwarte. Für einen Jugendlichen bedeutet das in der Regel bis zu zehn Monaten Gefängnis.

Als Abwehrmassnahme sind neuerdings in einigen ungarischen Oberschulen besondere «Sicherheitskurse» eingeführt worden, in denen vor den Rängen ausländischer Agenten und insbesondere vor ihren «Lügen» über die Lebensverhältnisse im Westen gewarnt wird. Diese ungewöhnlichen Lehrgänge werden von den Ministerien für Kultur und Inneres gemeinsam organisiert.

Die jugoslawischen «Bunnies»

Jugoslawien ist das erste kommunistische Land, das «Bunnies» in sein Nachleben aufgenommen hat.

Diese Art von Kellnerinnen gibt es im Hotel «Putnik» in Novi Sad an der Donau, Mittelpunkt eines wohlhabenden Landstrichs, 80 km nördlich von Belgrad.

Der Hotelmanager Miskov Veseselina gab der Lokalpresse bekannt, dass er sich zu diesem Schritt entschlossen habe, nachdem er eine Photo vom New Yorker Playboy-Club gesehen. Ein Schneider aus Novi Sad, der vorher ausschliesslich Herrenanzüge gemacht hatte, fertigte die neckischen «Bunny»-Kostüme an.

In Novi Sad ist allerdings nicht jeder mit den «Bunnies» zufrieden. Ein Lokalblatt bezeichnete ihre Tracht als unanständig und meinte, dass sie in Belgrad besser am Platz wären.

Zwei der Mädchen, die 18jährige Rosita Vasiljevic und Anita Geza, 19, erzählten, dass sie sich zunächst geniert hätten, die «Bunny»-Kostüme vor den Gästen zu tragen. Jetzt hätten sie sich jedoch an sie und an die Reaktion der Gäste gewöhnt — wie es in aller Welt bei den «Bunnies» zu sein pflegt. Die jugoslawischen Mädchen verdienen etwa 300 Franken monatlich. Es ist zwar erheblich weniger als das, was Hugh Hefners «Bunnies» verdienen, aber für eine Frau in Jugoslawien dennoch ein gutes Einkommen. Vorher verdienten beide Mädchen nicht einmal die Hälfte.

Theaterskandal in Polen

In Polen hat ein Theaterstück, das seit Jahren zum festen Repertoire gehört und an den höheren Schulen Pflichtlektüre ist, plötzlich Skandal gemacht. Denn durch Beifall an bestimmten Stellen machten die Zuschauer aus der Aufführung eine antirussische Demonstration.

Adam Mickiewiecz' Schauspiel «Dziady» aus dem 19. Jahrhundert lief im Warschauer Nationaltheater seit dem 25. November 1967, und bis zum 23. Januar hatten zwölf Aufführungen stattgefunden. Das Stück schildert die Unterdrückung der Polen durch die zaristische Polizei und spielt im damals polnischen Wilna, heute Haupt-

stadt der sowjetischen Republik Litauen. In der Darstellung des Nationaltheaters fühlten sich die Zuschauer offenbar angeregt, bei offener Szene demonstrativ zu klatschen, wenn Sätze fielen wie «Wir Polen haben unsre Seelen für ein paar Silberrubel verkauft» oder «Alles, was uns Moskau schickt, sind Esel, Idioten und Spione». Unter diesen Umständen beschlossen die Behörden, das Stück nach der 13. Vorstellung vom 30. Januar vom Spielplan abzusetzen. Diese letzte Aufführung war ausverkauft, und nachher demonstrierten Studenten auf der Strasse, so dass die Polizei zu (kurzfristigen) Verhaftungen schritt.

In einer späteren TV-Sendung beanstandeten dann die Kritiker G. Lasota und W. Filler die Gestaltung des Stücks durch das Nationaltheater. Sie sei in ihrer «politischen und philosophischen Meinung kontrovers und zweideutig» gewesen und habe das Publikum provoziert, vom dem gewisse Elemente das Schauspiel zu einer politischen Demonstration habe ausnützen wollen. Unter der Regie von Kazimierz Dejmek habe das Drama eine «wesentliche Entstellung» erfahren, und romantische Dichtung sei in kleinbürgerliche Politik verdreht worden.

Tschechen und Slowaken im Alltag

Einblicke in das Lebenshaltungsgefälle zwischen dem tschechischen und dem slowakischen Landesteil gibt ein lokaler Versammlungsbericht in der ungarischsprachigen Zeitung «Uj Szó» von Bratislava. Er befasst sich mit der ordentlichen Parteiversammlung in Guta (Südslowakei). Hier besteht die grösste LPG der Tschechoslowakei. Sie hat eine grosse Grundorganisation der Partei; das Komitee an der Spitze. Die Parteimitglieder verlangen eine tiefgreifendere Information über innen- und aussenpolitische Probleme. Sie beanstanden, dass das Tempo des Ausgleichs des Lebensstandards zwischen den tschechischen und slowakischen Gebieten langsam sei.

Im Bericht wird betont, dass es Parteileute in Guta gibt, welche in den tschechischen Gebieten arbeiten und monatlich oder alle zwei Wochen von dort zum Besuch nach Hause kommen. Dann erzählen sie, dass sie für die gleiche Arbeit in den tschechischen Gebieten einen höheren Lohn bekommen als in der Slowakei. «Sollen wir glauben, dass dies im Sinne der Beschlüsse des Parteikongresses geschieht?», frägt die Redaktion der Zeitung. «Es handelt sich dabei nicht in erster Linie darum, dass es einen Unterschied in der Entlohnung gibt. Auf anderen Arbeitsgebieten ist der Unterschied noch grösser. Es handelt sich vor allem darum, dass ein Vergleich zwischen Guta, welche 10 000 Einwohner hat und einer kleinen Ortschaft in den tschechischen Gebieten für die slowakische Ortschaft sehr nachteilig ausfällt. Die grössere slowakische Ortschaft ist mit Gesundheitsstellen und anderen Institutionen nicht so gut versorgt wie eine kleinere tschechische.»

Auf der Mitgliedsversammlung wurde anschliessend die Frage gestellt, wann die Ausgleichung der Slowakei an die tschechischen Gebiete vollendet werde. «Jene Leute, welche in der grössten LPG des Landes auf solche und ähnliche Fragen Antworten erwarten, erheben das Wort nicht, um die Einheit der Republik zu untergraben, sondern gerade um diese Einheit zu festigen...»

genügend Interessenten gefunden, um einen Kurs in russischer Sprache eröffnen zu können.

*

Eine Solidaritätskonferenz der afroasiatischen Völker wird auf den Sommer dieses Jahres nach Algier einberufen. Die Ankündigung des Treffens erfolgte durch eine sowjetische Delegation, die das ständige Sekretariat dieser Organisation in Kairo besuchte.

*

Die deutschsprachige Prager «Volkszeitung» hat unter dem Titel «Versuch eines Ost-West-Gesprächs» einen umfangreichen Leserbrief des deutschen Bundestagsabgeordneten Erhard Eppeler in recht grosser Aufmachung veröffentlicht. Der Beitrag wirbt um Verständnis für die Bonner Regierungspolitik und soll von der «Volkszeitung»-Redaktion später erwidert werden. Die Wochenzeitung der deutschsprachigen Minderheit in der CSSR kann seit einiger Zeit auch in Ostdeutschland bezogen werden.

*

Die 1963 eingeführten Sprachkurse des polnischen Presseverbandes zählen heute rund 600 Teilnehmer. Am populärsten ist Englisch (282), gefolgt von Französisch (161) und Deutsch (68), für welche beiden Sprachen zunehmendes Interesse besteht. Dagegen haben die Organisatoren bisher noch nicht

Auf Grund seiner Kontrakte mit Reiseagenturen in 70 Ländern erwartet Rumänien für dieses Jahr 1,7 Millionen Auslandstouristen, eine halbe Million mehr als 1967.

Die Beschäftigungslage in Ungarn

Im laufenden ungarischen Fünfjahresplan bis 1970 ergibt sich ein Überschuss von 80 000 Arbeitskräften, den man unter anderem durch vermehrte Fachausbildung und durch eine dosierte Auslandsbeschäftigung abschöpfen will.

Info der Wirtschaftsreformen mit ihrer verstärkten Ausrichtung auf Rentabilitätskriterien sind in der Bevölkerung Befürchtungen über allfällige Arbeitslosigkeit aufgetaucht. Ihnen tritt die Presse mit Angaben über einen anhaltenden Mehrbedarf an Arbeitskräften im volkswirtschaftlichen Gesamtrahmen entgegen.

Am 1. Januar 1966 befanden sich in Ungarn 71,5 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung in einem Beschäftigungsverhältnis. Von den arbeitsfähigen Männern standen 85,7 Prozent, von den Frauen 56,5 Prozent in Arbeit. Bis Ende 1970 sollen 74 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung in einem Arbeitsverhältnis stehen (Männer 86 Prozent, Frauen 60 Prozent).

In absoluten Zahlen hatte der gegenwärtige Fünfjahresplan 1966—1970 ursprünglich einen Beschäftigungszuwachs von 180 000 Personen vorgesehen. Inzwischen rechnet man aber mit einem Zuwachs von 220 000 Personen, was unter anderem damit erklärt wird, dass der Personalbedarf im Exporthandel grösser ist, als seinerzeit angenommen worden war. Mitbeteiligt an der zusätzlichen Steigerung sind auch verschiedene Massnahmen, zum Beispiel im Gesundheits- und Unterrichtswesen, ferner die inzwischen eingeführte Arbeitszeitverkürzung, die in mehreren Industriezweigen mit 3-Schichten-Arbeit nur durch die Einstellung zusätzlicher Kräfte möglich ist.

Die Befürchtungen, dass durch die

Wirtschaftsreform Arbeitslosigkeit ausgelöst werden könnte, sind somit nach ungarischer Darstellung grundlos. Dies bedeutet allerdings nicht, so ist gleichzeitig betont worden, dass es bei der Arbeitsbeschaffung keine Schwierigkeiten geben werde.

In Budapest und in den grösseren Städten herrscht ein Mangel an Arbeitskräften im allgemeinen und an Facharbeitern im besonderen. Der Überschuss an Arbeitskräften in etlichen Komitaten landwirtschaftlichen Charakters bezieht sich aber vor allem auf Frauen, so dass der Ausgleich zwischen Unter- und Überangebot nicht leicht zu erzielen ist.

Für die jetzige Planperiode beträgt der Bedarf an neuen Arbeitskräften zirka 810 000 bis 820 000 Personen. Die Zahl der Arbeitsuchenden dagegen wird voraussichtlich mehr als 900 000 ergeben. Somit wäre mit einem Überschuss von mindestens 80 000 zu rechnen. Hier ist nun vorgesehen, die Facharbeiterausbildung jährlich um 10 000 bis 15 000 zu erweitern, so dass rund 80 000 Jugendliche im Prozess der Weiterausbildung absorbiert werden könnten. Im weiteren ermöglicht das Abkommen mit der DDR jährlich 5000 bis 7000 Jugendlichen, in Ostdeutschland Arbeit anzunehmen und eine Fachausbildung zu erhalten. Zur Sicherung anhaltender Beschäftigung bedarf es zudem der Umschulung von Arbeitskräften, die in Branchen eingesetzt werden müssen, wo das Angebot die Nachfrage übersteigt.